

Correspondent.

Belegpreis Vierteljährlich: Bei Abholung von den Postgebühren 1 M., monatlich 30 Pf.; durch die Postämter und die Post bezogen 1 M. 20 Pf., durch den Buchhändler und Post 1 M. 50 Pf. Einzelnummern 5 Pf.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
seitiges illustriertes Sonntagsblatt mit 18 tägiger Modebeilage.
seitige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Zeile oder deren Raum 1. Stadt u. Kreis 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Kleinere Anzeigen 25 Pf. Resten von 20 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Ungenutzte Stellen werden dem Verfasser zurückgegeben. Sonstige Bedingungen entgegenzunehmen.
Redaktion unserer Originalberichte nur mit Entschuldigungen gestattet.
Für unvollständige Einlieferungen wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 79.

Freitag den 5. April 1907.

33. Jahrg.

Vom Zentrumstum.

* Die liberale Presse sucht zwar den immer wieder sich ergebenden Separationsgelüsten in den Reihen des Zentrums jede Bedeutung abzuspüren; die Tatsache, daß es im Zentrumsgelübde knifft, läßt sich aber doch nicht aus der Welt schaffen. Dem Minister Dr. Prof. v. Savigny, der in einer kürzlich erschienenen Broschüre die Anschauung vertritt, daß das Zentrum als politische Partei, nachdem die letzte Welle der Kulturkampfgesetzgebung abgetragen seien, seine Mission erfüllt habe, wird zwar von der liberalen Presse die Legitimation zu einer solchen Behauptung abgesprochen, da er niemals Mitglied der Zentrumspartei gewesen sei; ihm ist aber jetzt in dem Münchener katholischen Theologen Dr. Josef Müller ein bereiter Verteidiger erwachsen, der in einer Versammlung vor wenigen Tagen ausdauernd behauptete, das heutige Zentrum sei von dem früheren sehr verschieden, die heutigen Führer der Partei seien mit den Gründern wie Reichensperger, Wallinckrodt, Jörg, Windbock usw. nicht mehr zu vergleichen. Die Ursache des Niederganges der Zentrumspartei liege darin, daß sie alles von konfessionellen Gesichtspunkten aus betrachte. Die katholische Kirche müsse nur zu oft für die Sünden dieser politischen Partei büßen. Die konfessionelle Abhängigkeit sei eine große Einbuße für das gesamte Kulturleben. In England und Amerika, wo doch gewiß heftige parteipolitische Kämpfe geführt werden, halte sich die Öffentlichkeit von diesen fern. Das Zentrum habe seine Herrschaft in übermäßiger Art geführt, es habe sich durch seine Unerblichkeit und Unbuddensamkeit bei allen Parteien verhaßt gemacht. Es sei aber auch mit der kirchlichen Gewalt in Konflikt geraten und verlange, daß die kirchlichen Führer sich nicht in die Politik mischen sollen. Das Bündnis mit ausgesprochenen Absichten und Revolutionären hätten aber die Bischöfe doch nie und nimmer aufgeben können. Man müsse abwarten, ob der Papst zur Festlegung der Autorität der Bischöfe beitragen werde. Man habe die Macht des Zentrums zu groß werden lassen, jetzt werde diese schwer einzuschränken sein. Wenn das Zentrum den bisherigen Weg weitergehe, dann könnten die Bischöfe ruhig abdanken, dann hätten sie nichts mehr zu sagen, mit ihrer Autorität sei es vorbei. Müller regte schließlich die Gründung einer zentralistischen Partei an, die sich aus dem linken Flügel des Zentrums und dem rechten der nationalliberalen Partei bilden könnte. Es gebe unter den Katholiken, eine sehr große Zahl von Laien und Geistlichen, die der Zentrumsthrone überdrüssig sind und die Unheilbarkeit einer Gesellschaft, die sich bei der Wahl als die „allein-katholische Partei“ ausgibt und dann in ihrer kirchlich-politisch sich als unabhängig von der rechtmäßigen kirchlichen Gewalt erklärt, sie mit Beschimpfungen ordinärster Art überhäuft, verabscheuen.

Wenn auch der praktische Erfolg dieser Anregung nicht allzu hoch zu veranschlagen sein wird, gerade wegen der von dem Redner mit Recht hervorgehobenen Tyrannei der Zentrumsmagistratur, so ist sie doch als Symptom der Stimmung in manchen katholischen Kreisen immerhin beachtenswert.

Die Beamten und die Parlamente.

Nach Artikel 32 der preussischen Verfassung ist allen Preußen das Petitionsrecht gewährleistet, und demnach auch, wie der Minister des Innern schon in einem Erlass anerkannt, jedem Beamten gestattet, sich mit etwaigen Petitionen an das Haus der Abgeordneten zu wenden. Dagegen könne es, wie in dem Erlasse weiter ausgeführt wird, als mit den Grundsätzen der Beamtendisziplin unvereinbar, nicht geduldet werden, daß Beamte sich mit ihren Wünschen, sei es schriftlich, mündlich oder auf andere Weise, direkt an einzelne Abgeordnete wenden. Es müsse vielmehr erwartet

werden, daß die Beamten zu ihren vorgesetzten Behörden das Vertrauen hätten, daß ihre berechtigten Wünsche und Anliegen stets eingehend geprüft, wohlwollend beurteilt und nach Möglichkeit berücksichtigt würden. Wenn trotzdem Beamte zur Erreichung ihrer Ziele sich unvorschriftsmäßiger Wege bedienen sollten, so hätten sie zu gewärtigen, daß gegen sie mit disziplinarischen Maßnahmen vorgegangen werden würde.

Die „Fr. Ztg.“ kann in diesem Erlass weiter nichts erblicken, als einen Versuch zu unzulässiger Bevormundung der Beamten und zugleich als einen Versuch, den Abgeordneten die Möglichkeit zu nehmen, sich über wichtige Punkte der Verwaltung genügend zu informieren. Wenn es über alle Zweifel erhaben wäre, daß die vorgesetzten Behörden die berechtigten Wünsche und Anliegen ihrer Beamten stets eingehend prüfen, wohlwollend beurteilen und nach Möglichkeit berücksichtigen, dann brauchte ja überhaupt den Beamten von der Verfassung auch nicht das Petitionsrecht gewährt worden zu sein. Zudem ist es ganz selbstverständlich, daß die petitionierenden Beamten in ihren Eingaben nicht berartig ins Detail eingehen können, wie unter Umständen zur Aufklärung der zur Sprache stehenden Angelegenheit erforderlich ist. Darum muß die Möglichkeit gegeben sein, daß die Abgeordneten, die sich für die Frage interessieren, sich mündliche Erläuterungen und Nachträge verschaffen. Es kann ja vorkommen und ist auch schon vorgekommen, daß der mündliche Verkehr von Abgeordneten und Beamten Mißstände gereizt hat. Das sind aber stets nur Ausnahmefälle gewesen. Ebenso wie der Minister des Innern von den Beamten Vertrauen zu ihren vorgesetzten Behörden verlangt, können auch die Beamten von ihren Vorgesetzten das Vertrauen beanspruchen, daß sie den Mitgliedern der Parlamente nur Mitteilungen machen, die auf Wahrheit beruhen. Andernfalls sind ja auch die Minister oder ihre Kommissare jederzeit in der Lage, falsche Darstellungen im Parlament selbst zu berichtigen.

Selbst die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ ist mit der Verfügung des Ministers des Innern nicht einverstanden, sondern schreibt: Es will uns fraglich erscheinen, ob dieser Erlass in solcher Allgemeinheit zweckmäßig und geboten sei. Man wird nicht vollständig binden können, daß sich die Beamten mit ihren Abgeordneten irgendwie ins Einvernehmen setzen. Es kommt unseres Erachtens leblich darauf an, in welcher Form und in welcher Weise das geschieht. Ist die Art einwandfrei, so wird man gegen die Sache selbst kaum etwas einwenden können.

Politische Uebersicht.

Die Hebarbeit gegen Deutschland wird von der englischen Presse neuerdings wieder mit großem Eifer fortgesetzt. England und Rußland haben sich beifällig über eine Aufteilung Persiens verständigt, wobei natürlich die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu kurz kommen würden, wenn nicht etwa deutschseits rechtzeitig dagegen eingeschritten würde. Vorläufig ist Persien doch noch ein selbstständiges Reich, und es ist auch dem deutschen Kapital unbenommen, sich dort nutzbringend zu betätigen. Englische Chauvinisten freilich denken anders darüber. Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen, Herr von Tschirschky, hat beifällig eben erst in einem Telegramm an die Londoner „Tribune“ seine Hoffnung ausgedrückt, daß Deutschland und England sich jetzt immer mehr nähern würden. Wir hatten gleich betont, daß diese Hoffnung angesichts der nächstern Tafel nur auf schwachen Füßen ruhe. Die großen Reich man in England über den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands empfindet, und wie man sich bemüht, den Deutschen überall etwas am Jenge zu stören, mit dem offenbaren Ziel, eine große „Koalition der verschlechtenen Mächte gegen Deutschland“ zustande zu bringen, darauf läßt ein Telegramm des

Londoner „Standard“ schließen, das dieser von seinem Berliner Berichterstatter erhalten hat. Der „Voss. Ztg.“ wird folgendes berichtet:

„Standard“ läßt sich von seinem Berliner Berichterstatter eine fulminante Warnung gegen eine finanzielle und kommerzielle Eroberung Persiens durch Deutschland berichten. Das Werkzeug dazu soll die Deutsche Orientbank sein. Obwohl die deutsche Regierung nicht direkt mit den Plänen dieser Bank in Verbindung stehe, erfreue sie sich doch der aktiven Unterstützung der Regierung. Die Orientbank werde zuerst eine Zweiganz in Teheran begründen. Am liebsten würde sie sich mit der neuen Nationalbank von Persien verbinden, wodurch sie eine ausgesprochene antibrüssische Politik verfolgen würde. Sodann würden die Deutschen eine kommerzielle Niederlage am Persischen Golf, wenn möglich in Buschir, zu errichten suchen. Hierbei würde die Orientbank mit der Hamburg-Amerika-Linie, dem Norddeutschen Lloyd und der Deutschen Levante-Linie zusammengehen. Danach würde die Orientbank Bahnanforderungen zu erlangen streben, eine für eine Bahn von Teheran nach einem Punkte der türkisch-persischen Grenze und eine zweite von diesem Punkte nach der deutschen Warenniederlage am Golf. Die Orientbank wolle in Persien die ähnliche Stelle einnehmen wie die Deutsche Bank in der Türkei. Kommerziell wolle Deutschland nur Südpersien erobern, also eine antibrüssische Politik betreiben, die russische Einflusssphäre aber streng vermeiden. „Standard“ erklärt hierzu, England könne nicht dulden, daß eine fremde Macht eine Stellung in Zentralasien erlange, die Englands Sicherheit am Golf bedrohe; Sir Edward Grey möge die Bedrohlichkeit der Lage erfassen; er habe angesichts des deutschen Geldmangels für die Bagdadbahn eine starke Karte in der Hand und sollte die eine finanzielle englische Kooperation bei der Bagdadbahn die britische Kontrolle des persischen Endpunktes der Bagdadbahn verlangen.

Der „Standard“ ist zwar nicht mehr Regierungsorgan, seitdem ein liberales Kabinett am Ruder ist; aber die unerschämte Annäherung, mit der das konservative Blatt sich hier über durchaus berechtigte wirtschaftliche Bestrebungen Deutschlands in Persien äußert, ist leider in vielen englischen Kreisen verbreitet, wobei das innerpolitische Glaubensbekenntnis gar keine Rolle spielt. Daselbst lieh wie im „Standard“ wird leider auch in vielen liberalen englischen Blättern gesungen, und es ist bezeichnend genug, daß gerade jetzt diese Melodie in alterhand Variationen erklingt, wo es sich um die Vorbereitungen zur zweiten Haager Konferenz handelt. Deutschland soll eben mit aller Gewalt als Friedensstörer bingestellt werden, damit die Herren Engländer im Trüben fischen können.

Zu der Ministerbegegnung in Rapallo bringt die Wiener „Fr. Pr.“ eine Nachricht, die des pikanten Beigeschmacks nicht entbehrt. Das Wiener Blatt will von einem „beachtenden italienischen Gewährsmann“ in Rapallo erfahren haben, daß auch der italienische Ministerpräsident Giolitti zum Besuch des Fürsten v. Bülow nach Rapallo kommen wollte, er wurde aber von Tittoni davon abgehalten, welcher fürchtete, Frankreich und England könnten glauben, die Entree sei gegen sie gerichtet. Das ist ja recht bezeichnend für den Wert des Dreibunds und für die rührende Uebereinstimmung, die nach der offiziellen italienischen Angabe die Österreichern in Rapallo zwischen dem Fürsten v. Bülow und Tittoni ergeben haben soll. Italien nimmt also die jarteische Rücksicht auf England und Frankreich, was den Verdacht bekräftigt, daß es mit diesen Ländern Abmachungen getroffen haben muß, die den italienischen Staatsmännern wertvoller erscheinen müssen als die Vorteile des Dreibunds. Die Konferenz in Rapallo hat übrigens wieder einmal die Gewissenlosigkeit einer Sorte von Presse aufgedeckt, die der Sensationsmache um jeden Preis frönt und selbst

vor der Veröffentlichung erlogener Interviews nicht zurückgeht. Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht folgende Nachricht: Der Minister Titoni hat außer dem von der „Agenzia Stefani“ veröffentlichten offiziellen Communiqués namentlich gegenüber Erklärungen über seine Unterredung mit dem Fürsten Bülow abgegeben und namentlich ein Interview gewährt.

Frankreich. Gegen die französischen Lehrer-syndikate wird die Staatsgewalt eingeschritten. Für Donnerstag wurde ein außerordentlicher Ministerrat einberufen, in welchem Maßregeln gegen diejenigen Lehrer getroffen werden sollen, die sich Syndikaten und dem sozial revolutionären Arbeiterverbande angeschlossen haben. — Die Veröffentlichung der Montagninipapiere wird von der französischen Presse nunmehr gleich ein großes betriebenes. Wahrscheinlich haben die Untersuchungskommission angehörigen Deputierten alle diese Publikationen vorgelesen. Unter den vom „Figaro“ weiter veröffentlichten Papieren befinden sich mehrere Berichte Montagninis an Merri del Val und dessen Antworten. Unter anderem erzählt Montagnini, daß er auch 1905 mit dem englischen Botschafter Berie eine Unterredung gehabt habe, dieser habe gesagt, die republikanische Regierungsform entspreche Frankreich am besten, aber die Republik müsse weise und wirklich freibeitlich und gegen die Trennung der Kirche vom Staate sein. Wenn es aber dazu käme, so wäre es die Schuld der Konservativen und besonders des Abdes. In einem Briefe Merri del Bals heißt es: „Ich bin mit ihrem Eifer und ihrer Vorsicht sehr zufrieden. Trachten Sie, viel zu hören und wenig zu sprechen. Die „Autorität“ ist gleichfalls in den Besitz eines Teiles der Montagninipapiere gelangt und begann am Mittwoch mit ihrer Veröffentlichung. Ferner veröffentlicht der „Matin“ eine Anzahl der Montagninipapiere Montagnini beschlagnahmter Schriftstücke, aus denen besonders hervorgeht, daß Merri del Val und Montagnini alles aufboten, um Jacquet Biou ein Deputiertenmandat zu verschaffen, und daß auch auf verschiedene konservative und nationalistische Kandidaten von fischerlicher Seite ein Druck ausgeübt wurde, damit sie ihre Wahlbezirke Biou überließen.

Türkei. In Mazedonien wird weiter gemordet. Nach einer vom Wali von Monastir eingegangenen Depesche überfiel eine etwa 100 Mann starke griechische Bande das bulgarische Dorf Batsch im Bezirk Florina, tötete den Pfarrer des Dorfes und stieg das Dorf in Brand, wobei acht Kinder Verletzung erlitten. Die Verfolgung der Bande ist aufgenommen.

Perisien. Der aus Anlaß der Ermordung eines russischen Untertanen in Sabzevor von Reschid mit 25 Kosaken nach dort entsandte Beamte des russischen Generalkonsulats in Reschid hat nach Teheran gemeldet, daß er die Kosaken der Lagerhäuser der dortigen russischen Kaufleute unbefugigt vorgefunden habe und daß die Ruhe in der Stadt wiederhergestellt sei. Der russische Gesandte hat von der persischen Regierung Bestrafung der Schuldigen, Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit russischer Untertanen und Zahlung einer Entschädigungssumme verlangt.

Rumänien. Ueber die Lage in Rumänien hat die rumänische Gesandtschaft in Berlin folgendes Telegramm des rumänischen Ministerpräsidenten Demeter Sturdza vom 3. April erhalten: Die bereits gemeldete allgemeine Unruhe in der Balaschi macht weitere Fortschritte, und es sind jetzt mehrere Unruhen oder Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht vorgekommen. Die Präfecten fahren in ihren Bemühungen fort, zwischen den Gutsbesitzern, Pächtern und Bauern im Sinne gütlicher Verständigung zu vermitteln. So sind vielfach die bisherigen drückenden Bedingungen der ländlichen Arbeitsverträge durch Entgegenkommen der Gutsbesitzer und Pächter erheblich gemildert worden, was die Wiederaufnahme der Feldarbeiten erleichtert. An verschiedenen Orten bringen die Bauern freiwillig geraubtes Gut und Vieh den Eigentümern zurück. Aus dem Distrikte Blaschica wird gemeldet, daß sie bei der Wiederaufrichtung der zerstörten Baulichkeiten beschäftigt sind. Es stellt sich immer mehr heraus, daß Anführer der böswärtigen Elemente die Aufstände von langer Hand geführt haben. Es sind in den Landgemeinden revolutionäre Proklamationen gefunden, die nicht von Bauern beskamen und in denen diesen eingeredet wurde, nur diejenigen würden Land erhalten, die sich erheben. Bei Hausdurchsuchungen in Giurgiu wurde ein Depot anarchistischer Schriften entdeckt. Eine Anzahl früherer russischer Matrosen des Kriegsschiffes „Boemkin“, die in Rumänien gelandet und als Arbeiter auf den Petroleumfeldern im Distrikte Bradova beschäftigt waren, haben sich als gefährliches Gährungs-element erwiesen, das beseitigt werden muß. Die Untersuchungen werden eifrig fortgesetzt. Nachdem jetzt nach erfolgter Beunruhigung die Schäden besser übersehen werden können, gewinnt man den Eindruck, daß die Verluste an geröstetem Gut doch

nicht solchen Umfang angenommen haben, wie man ursprünglich befürchtete hatte.

Marokko. Das Vorgehen Frankreichs gegen Marokko scheint durch seine Schroffheit die Eingeborenen erbittert zu haben. Der Franzose Gentil, der sich auf der Küste von Marrakesch nach Mazagan befindet, wurde am Dienstag unterwegs von Angehörigen des Dufalaflammes angehalten und konnte erst nach Zahlung einer gewissen Geldsumme seine Reise fortsetzen. Gentil erklärt, die Lage in Marrakesch sei sehr ernst und es seien Anzeichen zu befürchten, wenn nicht unverzüglich energische Maßnahmen getroffen würden. Nach einer Meldung der „Agence Havas“ aus Tanger herrscht in Marrakesch dauernde Unruhe. Auf eine gemeinsame Eingabe der Europäer an den Gouverneur hat dieser geantwortet, man dürfe nicht aus einem einzelnen Zwischenfall schließen, daß Anarchie ausbrechen; es seien aber bewaffnete Wachposten in den Straßen aufgestellt. Aus Marrakesch wird weiter gemeldet, daß ein Eingeborener, welcher Gentil bei seinen Vermessungsarbeiten geholfen hatte, ermordet wurde. Der Bascha von Mazagan habe das Observatorium niederreißen lassen, welches Gentil auf dem Dache seines Hauses hatte errichten lassen und welches ihm für seine Arbeiten diene. — Die „provisorische Besetzung“ Ushada durch französische Truppen dürfte sich übrigens recht länglich gestalten. Nach der „Agence Havas“ wird Destalleurs, der nach Zeitungsmeldungen, zum französischen Konsul in Ushada ernannt sein sollte, tatsächlich das Amt eines Kommissars der französischen Regierung für die Regelung der algerischen Grenzfrage auf Grund der französisch-marokkanischen Vereinbarungen von 1901 und 1902 versehen.

Deutschland.

Berlin, 4. April. Der Kaiser besuchte am Mittwoch morgen, nachdem er seinen gewöhnlichen Spaziergang unternommen hatte, den Staatssekretär v. Tschirschky und hörte später im Schloß die Vorträge des Chefs des Zivilkabinetts und des Chefs des Admiralstabes der Marine. Später nahm der Kaiser die Rapporte der Leibregimenter entgegen. Mittags wurden der Fürst und die Fürstin von Thurn und Taxis vom Kaiserpaar empfangen.

(Ueber eine Englandreise des Kaisers) wird der „Nationalzeitung“ aus London gemeldet, daß der Monarch am 31. Juli in Cowes eintreffen wird. Er besucht das Goodwood-Cuprennen und unternimmt am 2. August eine Motorfahrt durch Newforest. Der Aufenthalt in Cowes am Bord der Yacht „Hohenjoller“ ist bis zum 10. August in Aussicht genommen. Ein Besuch Londons ist nicht beabsichtigt. Die Bewirtung durch das englische Königspaar findet am Bord der Yacht „Victoria and Albert“ statt.

(Den Rücktritt des bayerischen Ministers des Innern, Grafen v. Feilich, hat der Prinzregent mit Hand schreiben vom Mittwoch unter überaus warmer Anerkennung der hervorragenden Verdienste sowie unter Befestigung des Titels eines Staatsministers und des derzeitigen Ranges genehmigt und dem bisherigen Minister durch den Flügeladjutanten vom Dienst Graf Castell sein Reliefbildnis in Gold überreichen lassen. Gleichzeitig wurde der Regierungspräsident der Oberpfalz Friedrich von Brettreich zum Staatsrat im ordentlichen Dienste und zum Staatsminister des Innern ernannt. Die Vorschläge auf Beförderung der erlebigen Regierungspräsidentenstellen werden dem Regenten erst durch den neuen Minister unterbreitet werden.

(Zum Generalkonsul in London) ist der Geh. Legationsrat und vortragende Rat in der handelspolitischen Abteilung des Außenwärtigen Amtes, Dr. Hermann Johannes, ernannt worden. Nach der „Rost“ war Geheimrat Dr. Johannes ursprünglich Rechtsanwalt in Berlin. Seine Berufung in den Reichsdienst geschah auf Grund seiner außerordentlichen Kenntnisse auf handelsrechtlichem Gebiete, auf dem er als ein Autorität gilt. Er wurde 1897 zum Legationsrat, schon im folgenden Jahre zum Wirklichen Legationsrat und vortragenden Rat und 1900 zum Geheimen Legationsrat ernannt.

(Zum Inspektor des Bildungswesens der Marine) ist der Vizeadmiral v. Brandeburg, bisher Direktor der Marineakademie, ernannt worden, nachdem der Admiral v. Armin durch Kabinettsorder vom 30. März von der Stellung als Inspektor des Bildungswesens der Marine entbunden worden und zur Verfügung des Kaisers getreten ist.

(Die Denkschrift über die Privatbeamten) Die vom Staatssekretär Grafen von Posadowsky am 14. März in Aussicht gestellte Denkschrift über die von den Organisationen der Privatangestellten im Oktober 1903 angelegten Erhebungen über die wirtschaftliche Lage der Privatangestellten ist jetzt dem Reichstage zugegangen.

(Auf die Baschawirtschaft der Konventionen in Preußen) werden Mitteilungen, die der „Nationalzeitung“ von dort im Anschluß an einen gegenüber dem liberalen „Remeleer Dampfboot“ verübten Anhebversuch gegeben, ein großes Licht. Danach ist der Verleger des Freyberger Kreisblattes auf dem Landratsamt zu Proßdorf vernommen worden, weil er im Anzeigenteil eine bezahlte Dankfagnungs-Annonce des gemähten national-liberalen Abg. Schwabach gebracht hat. Genauso wurde den Liberalen von dem Kreisbürger und dem Senoburger Kreisblatt die Aufnahme jeder Annonce verweigert; dieselben Blätter legten sich aber in ihrem Angriffe gegen den nationalliberalen Kandidaten Schmidt nicht die geringste Zurückhaltung auf. Der Landrat eines dieser beiden Kreise stellte während der Wahlzeit seine Schreiber dem konservativen Wahlkomitee zur Verfügung, er richtete das Landratsamt als Wahlbureau ein, ja sogar die Anweisungen auf Zahlung von Freiberechnungen ergingen von konservativen Vertrauensmännern kurzerhand aus Landratsamt. Der Terrorismus des ökonomischen Interesses hat nach dieser Darstellung förmliche Organe gefunden. Der Abg. Rogalla v. Bieberstein erklärte in einer Versammlung: „Das sage ich Ihnen, wer von den Beamten, wie Oberförster, Förster, nicht konservativ wählt, der ist in drei Tagen nicht mehr im Brot.“ — Nationalliberale Stimmzettel wurden in einem anderen Wahllokale, so wie so herausgeschmissen“, während Konservative zur Benutzung zugelassen wurden. Wahlzettel dürfen aber im Wahllokale selbst bekanntlich nicht auslegen und die Stimmabgabe für andere ist mit schwerer Strafe bedroht. Der Gewählmann der „Nationalzeitung“ erklärt, damit erst einen Bruchteil seines Materials in die Öffentlichkeit gebracht zu haben. Es wäre doch aber höchst wünschenswert, daß alles, was an konservativem Terrorismus und Ungeheuerlichkeiten in diesem Kreise bekannt geworden und nachweisbar ist, der Öffentlichkeit unterbreitet würde. Insbesondere bedarf die Rolle, die die Landräte in diesem Wahlkreise bei dem Wahlkampf gespielt haben, unbedingt der öffentlichen Klarstellung. Wenn auch nur ein Bruchteil dieser Behauptungen als wahr erwiesen wird, so kann der Reichsanwalt und preuß. Ministerpräsident Fürst Bülow unmöglich hierzu zu schweigen. Und zwar in seinem eigenen Interesse; seine Autorität müßte auf das schwerste erschüttert werden, wenn Landräte sich ungefragt herausnehmen dürften, in dieser Weise der bestimmten Erwartung des ersten Beamten des Reiches Gehör zu sprechen, daß der Wahlkampf zwischen konservativen und liberalen Parteien loyal geführt werde und daß insbesondere die Beamten sich jeder gefäßigen Kampfesweise enthalten sollen.

(Militärisches.) Die Institution des Zeugersonals wird, wie die „N. N. Ztg.“ mitteilen weiß, im deutschen Heere ausgebaut. Die noch im Dienst befindlichen Zeugeweibel und Zeugoffiziere werden als solche weitergeführt, neue Stellen werden aber nur für diejenigen Anwärter geschaffen, welche bis zum Jahre 1909 den Rang eines Zeugeweibels erhalten. Künftig wird die Institution dieses Personals mit dem Feuerweiserpersonal vereinigt, und es bleibt nur letztere Bezeichnung bestehen. Zugelassen werden dazu fortan nur solche Avancierte der Artillerie, die die Oberfeuerweiserakademie besuchen.

Vermischtes.

(Selbstmord im Bergschloß wahn.) Der Matrose A. Normann vom Dampfer „Egloff“, als sich das Schiff einmündend auf der Elbe befand, wurde plötzlich vom Bergschloßwahn befallen und durchschnitt sich die Kehle, bevor er daran gehindert werden konnte. Die Leiche wurde nach Hamburg gebracht.

(Doppelfelbstmord im Eisenbahnabte.) Dienstag abend wurden in dem um 10 Uhr 36 Min. von Kottbus in Zerpfl (Kauzig) eintreffenden Personenzug der Kaiserlichen Nordost-Bahn und seine Beamten, Uta Ewald, die Tochter eines Forster Wärdmeisters, mit Schußwunden aufgefunden. Während das junge Mädchen bereits tot war, wurde Ewald noch lebend in das Krankenhaus gebracht, wo er Mittwoch früh ebenfalls seinen Verletzungen erlegen ist. Beide aus einem hinterlassenen Briefe hervorgeht, sind die beiden jungen Leute freiwillig in den Tod gegangen.

(Stirke Waise.) Beim Bau eines Stammes in Hamburg neugründeten der Schachmeister Goeß und der Bauarbeiter Bernhardt infolge des Ausbrüchens glühiger Gase in dem zwölf Meter tiefen Schacht an der Bürgerweide. Goeß ist tot, Bernhardt wurde in das Leben zurückgerufen.

Reklameteil.

Der April ist von Alters her schlecht berufen, da keine Launen aller Welt geschlichtet werden und zahllose Enttäuschungen, aus denen mehrere Konstellationen entstehen können, hervorgerufen. Alle Eigenschaften der Witterung aber schaden dem nicht, der sich vernünftig kleidet und vor allem nie ohne Feinsache Soderer Mineral-Postillen ausgeht. Wegen Enttäuschungen immer Feinsache Soderer — das kann man sich nicht genug einprägen. „Feinsache Soderer“ kauft man hier 85 Pf. die Schachtel in jeder Apotheke, Drogerie oder Mineralwasserhandlung.

Anzeigen.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

**Öffentliche Sitzung
der Stadtverordneten-Versammlung**

Montag den 8. April 1907,
abends 6 Uhr.

- Tagesordnung:**
1. Einführung und Verlesung eines neuerwählten Stadtrats.
 2. Wahl der Mitglieder der Gesundheitskommission.
 3. Wahl eines Mitglieds der Bauabteilung.
 4. Wahl eines Mitglieds der Wasserwerksabteilung.
 5. Entlassung der Rechnung der Südpfand- und Regentafel für 1906.
 6. Rechnungsabgabe an Beträgen zur Alterszulage für die Lehrer an den Volksschulen für 1907.
 7. Rechnungsabgabe für Straßenreinigung für 1906.
 8. Rechnungsabgabe für Unterhaltung der ungespalteten Straßen für 1906.
 9. Mitbestimmung des Polizeikommissars seitens der Renter Weiskam und Waldendorf.
 10. Benutzung städtischen Geländes zur Entwässerung eines Neubaus.
 11. Mietung eines Raumes zur Aufbewahrung städtischer Geräte.
 12. Errichtung und Betrieb eines Springbrunnens im oberen Ostbahnhof.

Geschäfts-Sitzung.
Personalien u.
Merseburg, den 2. April 1907.
Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Baeger.

Zwangsvorsteigerung.

Freitag den 5. April cr.,
vorm. 10 Uhr,

versteigere ich in der Gaidena Angel hier
**1 Sofa
und 1 Vertikow.**

Merseburg, den 3. April 1907.
Grosse, Gerichtsvollzieher.

Zwangsvorsteigerung.

Sonnabend den 6. d. M.,
vorm. 11 Uhr,

versteigere ich im Casino hier
**1 Kommode mit Glasaufsatz
und 1 Zeigteilwaschine.**

Merseburg, den 4. April 1907.
Tauchnitz, Gerichtsvollzieher.

Gewerbliche

Fortbildungsschule.

Die Aufnahme der fortbildungsschulpflichtigen Lehrlinge und gewerblichen Arbeiter findet

Sonntag den 7. April,
vormittags 11 Uhr,

in der 2. Mitterschule statt. Das letzte Schulzeugnis ist vorzulegen.

Der Schulvorstand.

J. W. Kessel.

Bekanntmachung.

Häfer und Heu werden nur noch im April angekauft. Die Ankaufe von Stroh (Klogegenstreu) und Klagegenstreu (Klogegenstreu) werden bis auf weiteres fortgesetzt. Angebote werden entgegengenommen.

Königliches Probieramt Halle a. S.,

Fernsprechanschluß 246.

Die von mir auf Sonnabend den 6. April d. Z. im „Casino“ angelegte

gerichtliche Auktion

findet nicht statt.

Konkursverwalter Kunth.

Logis, Stube, Kammer, Küche nebst allem Zubehör, zu vermieten und 1. Juli zu beziehen

Weienfelserstraße 14

Freundliches Logis, im Hintergebäude, 2 Stuben, Kammer, Küche nebst Zubehör, zu vermieten

Neumarkt 76.

Eine Wohnung ist zu vermieten

Sixtberg 9.

2 Logis, Preis 38 und 33 Taler, sind an ruhige Leute zu vermieten

II Sixtberg 15.

Freundliche Wohnung von 3 Zimmern, Küche und allem Zubehör sofort oder später zu beziehen

Blumenhalstraße 4.

Freiwillige 23 ist eine freundliche Wohnung an ruhige einzelne Leute per sofort zu vermieten und 1. Juli zu beziehen

Eine kleinere Wohnung zu vermieten und zum 1. Juli zu beziehen

arose Sixtstraße 14.

Kleine Wohnung, Stube, Kammer, zu vermieten und 1. Juli zu beziehen

Häckerstraße 19.

Eine kleine Wohnung zu vermieten

Freiwillige 8.

Freiwillige 7 in die 1. Etage bestehend aus 4 Stuben, 3 Schlafkammern, Küche und Zubehör, zu vermieten und 1. Oktober bezugsbar.

A. Speiser.

Eine Mansarden-Wohnung, Preis 210 M., 2 Stuben, Kammer und Küche nebst Zubehör, ist zum 1. Juli zu beziehen

Gutenbergsstraße 10.

Große Stube, Kammer, Küche und Zubehör, passend für ältere Leute oder junges Ehepaar, sofort oder 1. Juli zu beziehen

Freiwillige 9.

Familien-Wohnungen zu 96, 78 u. 70 M. zu vermieten

Saalkstraße 13.

Wegzugsüber ist die Hinter-Wohnung Weige Mauer 16, bestehend aus 2 Zimmern, 4 Nebenräumen, Bad, S. G., 2 K., zum 1. Mai zu vermieten.

Zu beschließen von 3-5 Uhr nachmittags.

Wohnung, Stube, Kammer, Küche und Zubehör, zu vermieten und 1. Juli zu beziehen

Neumarktstraße 9.

Freundliches Logis, 2 Stuben, Kammer u. Küche nebst Zubehör, im Hintergebäude, für 160 M. zu vermieten

Markt 28.

Freundliches Logis, Preis 44 Taler, ist zum 1. Juli an ruhige Leute zu vermieten

A. Henckel, Delitzsch 15.

Eine Wohnung zu 660 M., zu vermieten und 1. Juli zu beziehen. Zu erfragen

Koonstraße 6.

Ölgrube Nr. 7 ist eine freundliche Familienwohnung im ersten Stock, bestehend aus Stube, Kammer, Küche, Bodenraum, Keller u. Torriegel, zu vermieten und 1. Juli d. Z. zu beziehen. Preis 154 M. p. a.

Eine Wohnung in besserer Hause, Preis 400 M., ist zum 1. Juli zu beziehen. Näheres in der Exped. d. Bl.

Freiwillige 16 Wohnung zu 144 und 136 M. zu vermieten.

Eine Wohnung zu vermieten und Johann begehbar.

A. Grunow, Sand 11.

Eine Wohnung ist sofort zu vermieten und 1. Mai zu beziehen

Sixtberg 23.

Wohnung, 2 Stuben, Kammer, Küche und Zubehör, zu vermieten und 1. Juli zu beziehen

Zu erfragen Dammstraße 7, im Restaurant

Eine Wohnung

für 120 M. zu vermieten.

C. Günther jun., Breitenstr. 8a

1 Stube, 2 Kammern, Küche nebst Zubehör, zum 1. Juli zu vermieten

Antschäuser 8.

Kleines Logis möglichst an einzelne Leute sofort zu vermieten und 1. Juli zu beziehen.

Ernst Wolf.

Eine freundliche Wohnung, Stube, Kammer, Küche und Zubehör, an anspruchsvolle ruhige Leute per 1. Juli zu vermieten

Bohrtstraße 8a.

Eine Familien-Wohnung, Preis 42 Taler 2 Stuben, Kammer, Küche, Bodenraum, Stall, zu vermieten

Saalkstraße 13.

2 Stuben, 2 Kammern, Küche und Zubehör zu vermieten und 1. Oktober 1907 zu beziehen

Lehnigstraße 79.

Eine Wohnung an einzelne ruhige Leute zu vermieten. Preis 120 M.

Al. Ritterstraße 17 I.

Ein Logis, Stube, Kammer, Küche, Preis 100 M., zu vermieten und 1. Juli zu beziehen

Friedrichstraße 11.

Junge Leute suchen sofort oder 1. Mai Wohnung im Preise von 200-240 M. Offerten unter 31 M. an die Exped. d. Bl. erbeten.

Geht! Benntfamilie eine Wohnung von 6 Zimmern und Zubehör, an liebsten mit H. Garten. Gest. Offerten bitte in der Exped. d. Bl. unter A H abzugeben.

Junge Leute suchen sofort oder 1. Mai bis zu 200 M. eine Wohnung im Preise in der Exped. d. Bl. niederzulegen.

Freundliche Wohnung, Stube, 2 Kammern, Küche, Stall und Bodenraum wird per 1. Juli zu mieten gesucht. Gest. Offerten bitte unter A P in der Exped. d. Bl. niederzulegen

Möbliertes Zimmer zu vermieten

Dammstraße 14, pt.

Schön möbliertes Zimmer mit oder ohne Pension sowie

freundliche Schlafstube

mit 2 Betten zu vermieten und 1. April zu beziehen

Oberweitzstraße 15a.

1 freundliche Schlafstube sofort zu vermieten

Mägerstraße 2.

Milneres Wohnhaus mit Garten, beste Lage, unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Offerten unter A B an die Exped. d. Bl.

5-6000 Mark

sind am 1. Juli cr. auf sichere Hypothek zu 4 Proz. anzuleihen. Auskunft erteilt die Exped. d. Bl.

Schöne helle Werkstat

für Adler oder Schloßer preiswert zu vermieten. Zu erfragen bei

Karl Kuntz, Feldstraße 6.

Zwerghühner zu verkaufen

Complatz 3.

Laden mit Wohnung
und Lagerräumen in guter Geschäftslage Merseburgs zu mieten gesucht. Hauskauf nicht ausgeschlossen. Offerten mit Preis unter U D 2950 an Rud. Wolff, Halle a. S.

Familiengärten
sind zu verpachten. Näheres bei Henschel, Neumarktstraße 4.

Ein Sport-Sitz- und Liegewagen
mit Gummitreifen und Verdeck zu verkaufen
Schulstraße 4, Hof.

Photographischer Apparat
quadrat. 13x18 mit Doppel-Auflageapparat und Antiken-Zubehör, wenig gebraucht, preiswert zu verkaufen. Zu erf. i. d. Exped. d. Bl.

Ein neuer Nussbaum-Ausziehtisch
zu verkaufen
Gorthardstr. 21.

Pflanzenverkauf
der Königl. Oberförsterei Schkenditz
Aus dem Pflanzgarten Salonerie bei Merseburg werden lebendig verkauft:

etwa 18 hundert Stücker von Eichen, Eichen, Kiefern und Weibuchen, 3-4 Meter hoch, a Stück 10 Pf. excl. Verpachtungsgeldern.
Wendungen beim Hegemeister Niemann, Salonerie.

**Bernstein-
Fußbodenlack**
in allen Farben, über Nacht trocknend, nicht nachbleibend, in bekannt bester Qualität.

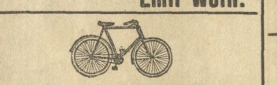
Streichfertige Oelfarben,
nur prima Ware.
Sämtliche trockne Farben,
1a. Leinölkreuz, Karbolium, Gyps, Zement.

Schablonen
wie bekannt größte Auswahl. Für Maurer die billigste Bezugsquelle.
Neumarkt-Drogerie
Hermann Emanuel.

W. Wittenbecher,
am Neumarktstor 1,
empfiehlt

Spalierobst,
als:
Aprikosen, Pfirsiche, Äpfel, Birnen sowie hochstämmige Äpfel u. Birnen, junge Koniferen in besseren Sorten, Aletterrosen, Salat- und Treibgurkenpflanzen.

la. starke Hasen,
feinste Rehblätter, feiste Fasanhühner, 1a. Schuepshühner, Puter, Poularden, Kochhühner
Emil Wolf.



Adlerfahräder,
neuesten Modelle, mit und ohne Freilauf, empfiehlt
Gustav Schwendler,
Merseburg.

**Prima
Masthundfleisch**
empfiehlt fortwährend
L. Nürnberger.

**Billige
Tapeten**
neueste Muster bei
Richard Kupper, Markt 10,
Central-Drogerie.

Pa. Med.-Ungarwein
Liter 2,50 M.,
Pa. Portwein gar. rein
Liter 2,50 M.,
feinsten ital. Rotwein
Liter 1,80 M.
direkt vom Fass.
Neumarkt-Drogerie
Hermann Emanuel.

Bitte
gratis Katalog zu verlangen über die beste Zucht- u. Leggefügel, Brüterei, Brutösen, Gillsgeräte u.
Gezügelt in Auerbach, Sachsen.

Bernideln, Vertupfern
Polieren, Lackieren, Bronzieren u.
sowie das
Reparieren
v. Metall-Gegenständen führt aus
A. Dresdner,
Bernidlungs-Anstalt,
an der weißen Mauer 12.

Junge Poularden und Capanner, frische engl. Salat-Orten, prachtvollen Pariser Kops-Salat, neue gutgekochte Maitakartoffeln, hochfeine engl. Matjesheringe, frische Franzstädter Würstchen a Paar 0,20 M.,
frischen russischen Salat
empfiehlt
C. L. Zimmermann.

**Blumen- und Gemüse-
Samen**
empfiehlt die Drogerie
W. M. Hagen, Hofmarkt 3.

Hotflee, Quzerne,
doppelt gereinigt und feibetret,
Cigarrette, zweifachig, sowie verschiedene Sorten Rübenkerne
empfiehlt
A. B. Sauerbrey Nchl.

Bekanntmachung.
Die Rübenamen-Ausgabe der Herren Lieferanten der Zuckerrabrik Schwoitsch, Knauer, Bell & Co., G. m. b. H., beginnt mit dem heutigen Tage. Bitte Sade mitzubringen.

O. Roth,
Oberweitzstraße 5,
Eingang Schmalestr.

Gefäß-Berlegung.
Hiermit setze ich ergebenst an, daß ich mein
Schuhwaren-Geschäft,
verbunden mit Reparatur-Werkstatt, von Markt 5 nach

Schmalestraße 7
verlegt habe. Für das mir bisher geschenkte Vertrauen bestens dankend bitte ich, mir dasselbe auch fernhin bewahren zu wollen und geizige hochachtend

Otto Biedel.
Meine Wohnung befindet sich von heute ab
Johannisstraße 19.
F. A. Kline, Malzmeister.

Verein der Gastwirte von Merseburg u. Umgegend.
Freitag den 5. April cr.,
nachm. 3 1/2 Uhr,
Generalversammlung
im „Belleue“.

Tagesordnung:
1. a. Rechnungslegung. Vorstandswahl.
Der Vorstand.



Das russische Budget in der Duma.

Die Dienstags-Sitzung des russischen Parlaments war von großem Interesse infolgedessen, als zum ersten Mal der Etat Rußlands einer parlamentarischen Erörterung und Kritik unterzogen wurde.

Ueber den Verlauf der Sitzung wird folgendes berichtet: Finanzminister Kofowjow gab bei gespannter Aufmerksamkeit des Hauses mit ruhiger, klarer Stimme Erklärungen zu den Einzelheiten des Etats.

Der Minister, weil es schwierig wäre, ohne die Genehmigung des Budgets Ausgaben zu machen. Die Regierung besitzt alle gesetzlichen Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, und sie empfindet gegenwärtig keine Schwierigkeiten.

die Duma gerichteten Aufforderung, mit der Regierung an der vorerwähnten Aufgabe der Verbesserung der Finanzen zu arbeiten, und richtete an die Duma die Bitte, die Budgetvorlage unverzüglich an die Budgetkommission zu verwiesen.

An der nachfolgenden Debatte beteiligten sich der frühere Minister Kuttler (Kadett), Ministerpräsident Stolypin, Abg. Struwo und mehrere Redner der äußersten Linken, die das Budget in heftigen Ausdrücken angriffen.

Provinz und Umgegend.

Halle, 3. April. Ein Grubenbrand zerstörte in der vergangenen Nacht den Seebener Schacht, der erst seit November v. J. in Betrieb ist.

Zeitz, 4. April. Bei einem Brande auf dem Gute des Barons v. Herzberg in Heudenwalde sind 36 Stück Rindvieh und 6 Pferde, sowie verschiedenes Kleinvieh in den Flammen umgekommen.

Halberstadt, 3. April. Eine blutige Schlägerei spielte sich gestern zwischen Mannschaften von Kürassieren und Infanteristen im Probstkeller ab.

Saalfeld, 4. April. Die Arbeit gekündigt haben in allen hiesigen Drahtbereien sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, da es die Arbeitgeber abgelehnt haben, mit der Arbeiterschaft über die Einführung eines Lohntarifs zu verhandeln.

Eisenberg, 4. April. Die Lohnbewegung in der Porzellanfabrik von Bremer u. Schmidt ist auf gütlichem Wege beigelegt worden.

Dresden, 3. April. Gestern nachmittag entfernte sich in der Vorstadt Plauen ein bei einem dortigen Bäckermeister befindliches 16 jähriges Dienstmädchen und nahm den 2 Jahre alten Sohn der Dienstherrschaft mit.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 5. April 1907.

Schulangelegenheiten. Die Regierungen und Schulräte Kurpium und Grundler hier haben mit ihren Bezirken getauscht.

Der Herr Sterbebesorger für Beamte und Lehrer im Kreise Merseburg hielt am Mittwoch in der „Reichskrone“ die ordentliche Generalversammlung ab, die nach den neuen Satzungen alljährlich im April stattfinden muß.

Ratssand, mit der Mitteilung, daß die Kasse im Laufe des Jahres 1906 9 Mitglieder durch den Tod verloren hat. Die Versammelten erließen das Ansehen der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.

Landwirtschaftliches. Endlich haben die Landwirte mit den Frühlingsarbeiten auf dem Felde beginnen können. Der Winter ist ihnen recht lang geworden, zumal die Arbeit in diesem Frühjahr mehr drängt als sonst.

Beim Einschwenken der Geleise auf der Bahnhofsstraße Merseburg-Halle wurde in der Nähe des Collenbeyer Weges bei Schopfau der Arbeiter Stephan von hier dadurch verlegt, daß ihm eine Schiene auf den Fuß fiel.

Durch einen raffinierten Betrug wurde hier am Dienstag vormittag der Kenner Burghardt um seine Monatsrente geschädigt. Die allmonatliche Ausfertigung der Rentenquittungen erfolgt auf dem hiesigen Rathaus, zu der sich stets eine große Anzahl von Rentenempfängern einfindet.

heraus und die Frau verschwand. Nach geraumer Zeit kam aber die rechtmäßige Empfängerin wieder und erwidert den Bericht, daß die Duitung bereits abgeliefert sei. Auf der Post, wo die Renten zur Auszahlung gelangen, mußte die Frau B. nun die Erfahrung machen, daß die fehlende Duitung bereits eingelöst und sie somit um den Rentenbetrag von 18,55 Mk. geschädigt war. Wer die Person ist, die in so abgeheimer Weise eine alte Frau um die doch so nötige Monatsrente schädigte, konnte bisher nicht ermittelt werden. Hoffentlich gelingt dies aber noch, da ein Signalment sowohl von dem betr. Kassenbeamten als auch von den Postbeamten festgestellt worden ist.

In eigener Sache. Ein hiesiger Bericht-erfasser des „Volksblattes“ fühlt sich veranlaßt, uns in der Angelegenheit des Herrn Dr. Voigt in München des Denunziantentums zu beschuldigen. Unsere Leser werden sich erinnern, daß wir den Bendorfer Bericht des „Volksblattes“, der sich mit dem dortigen „Kassenarzt“ beschäftigte, unter Quelenangabe abdruckten und daran die Erwartung knüpfen, daß die darin angegriffene Person sich hierzu äußern werde. Dies ist bekanntlich geschehen und die auch und zugegangene Berichtigung des Herrn Dr. Voigt hat die Sache soweit klar gestellt, daß jeder vorurteilsfreie Mensch anerkennen muß, daß der Bendorfer Bericht des „Volksblattes“ grobe Unwahrheiten und Entstellungen enthält. Daß wir darüber eine gewisse Genugtuung empfinden, wenn unsere sozialdemokratischen Gegner mit ihrer Populäritätschaserie einmal gründlich in die Reifeln geraten, scheint uns der Pressevertreter des hiesigen Sozialistenklubs sehr übel zu nehmen, denn er spricht in bezug auf uns in etwas ungeringer Weise von „Bos gefhossen“, „Mamage verdecken“ usw., wie dies eben der hergebrachte bildungsfördernde Stil in sozialistischen Blättern verlangt. Schließlich bezeichnet er unsere an die Berichtigung des Herrn Dr. Voigt geknüpften rein sachlichen Ausführungen als leere Ausreden. Damit glaubt er uns gegenüber wahrscheinlich am schnellsten fertig zu werden, wir müssen ihm aber bemerken, daß nicht wir es sind, die Ausreden machen, sondern er, der Berichtserfasser des „Volksblattes“, der in seiner Verlegenheit gegenüber dem Herrn Dr. Voigt in München auf dem unwesentlichen Faktum beruht, daß derselbe für einen Kranken lediglich auf den Bericht eines Laien hin Medizin verordnete, während er alle übrigen Anzeimpelungen des Bendorfer Berichtes in der bekannten Manier ertrappter Klatschbofen ignoriert. Ob der hoffnungsvolle Scriba damit durchkommt, bezweifeln wir. Als letzten Trumpf spielt derselbe auch noch die vielleicht noch in der Erinnerung unserer Leser gebliebenen Berichte und Berichtigungen in der Gröllwiger Krankschichte gegen uns aus. Er behauptet da schlankweg, daß der „Correspondent“ am Ende mitgeteilt habe, „daß alles von ihm gebrachte Schwindel war!“ Entweder rednet er hier mit einem hemeltendelwert schwachen Gedächtnis der Volksblattler, oder er weiß eingesehene Berichtigungen, die laut Pressegesetz veröffentlicht werden müssen, nicht von redaktionellen Rundgedungen zu unterscheiden. In letzteren haben wir unsere ersten Mitteilungen in der Gröllwiger Angelegenheit im vollen Umfange aufrecht erhalten und unser Gewährsmann hat uns Schriftstücke unterbreitet, die unsere Angaben vollauf befähigen. Wo bei dieser Sachlage der Volksblattberichterfasser den „Schwindel“ bernimmt, ist uns unerfindlich und wir sind geradezu genötigt, gegenüber einer so infamen Beschuldigung, die spät genug erscheint, um von Leichtgläubigen für bare Münze genommen zu werden, an berechnete Bosheit oder auch an — Ungerechnungs-fähigkeit zu glauben. Vielleicht treffen wir mit letzterer das Richtige.

Aus dem Merleburger und benachbarten Kreisen.

B. Spergau, 1. April. Eine Nachfeier der Konfirmierten mit ihren Eltern und die Mehrzahl der größeren Schulkinder im Hoffmannschen Saale. Da außerdem Diern war, der Frühling begonnen hatte, seine milde Pracht zu zeigen, und am folgenden Tage Bismarcks Geburtstag war, kamen die verschiedenen Momente zusammen, um der Feier ihren Charakter zu geben, und dem entsprochen auch die teils auf die Konfirmation, teils auf Diern bezüglichen, teils den Frühling, teils das Vaterland verherrlichenden Lieder, die in reicher Abwechslung gesungen wurden. Einige sang die Verfassung, andere nur die Schulkinder. Dazwischen eingestreut waren andere musikalische Darbietungen auf dem Klavier, der Geige und in Sologang ausgeführt, außer von dem Herrn Kantor Herrmann, der u. a. mit einem feiner Schüler vierhändig spielte, und einem anderen jungen Mann aus der Gemeinde, hauptsächlich von Musikliebfern der Pastoralfamilie.

Neben dem gebotenen Ernst kam auch der Scherz zur Geltung, und so ergab sich bei allen Anwesenden eine familiäre herzliche Stimmung, die ja das Kennzeichen eines richtigen Familienabends ist. Der Dichterpater richtete am Schluß noch warm zu Herzen gehende ermahnende Worte an die Konfirmierten, denen der gemeinsame Gesang „Zeit in Frieden ewig fliehe“ das Geleit ins Leben gab.

§ Hebra, 2. April. Am ersten Feiertage wurden Arbeiter und Arbeiterinnen des hiesigen Rittergutes, welche auf eine 40stündige Dienstzeit zurückblicken können, in höchst anerkennender Weise geehrt und beschenkt. Durch ihren hiesigen Arbeitgeber, Herrn Kammerherrn v. Hellborn, wurde ihnen eigenhändig ein Diplom und ein Geldgeschenk von je 50 Mark überreicht, und der Dank für ihre treuen Dienste während der langen Zeit ausgesprochen.

§ Duerfurt, 3. April. Auf dem heutigen Wiesenmarkt waren aufgetrieben 99 Pferde. Ferner waren 216 Läuferpferde und 25 Korb-schweine zum Verkauf gestellt. Die Preise für letztere bewegten sich zwischen 16—22 Mark. Der Geschäftsgang war schleppend, so daß sehr viel Vieh unverkauft blieb.

§ Duerfurt, 4. April. Herr Baron v. Hellborn in Steina hat mit der Gemeinde ein Abkommen dahin getroffen, daß sie bezugs Entnahme von elektrischer Energie Anschluss an das von ihm zu errichtende Elektrizitätswerk bekommt. Die Gemeinde hat das Verlangen zu beschaffen, für dessen Einrichtung die Gesellschaft „Electra“ gegen ein Entgelt von 12000 Mark gewonnen ist. Der Vertrag lautet zunächst auf 30 Jahre.

§ Freyburg, 4. April. Die Stadtverordneten erklärten sich in der letzten Sitzung für eine städtische Biersteuer, konnten sich jedoch mit dem Magistrat über die Art, wie die Einführung des Bieres kontrolliert werden, nicht einigen.

§ Schkeuditz, 4. April. Die Gemeinden Rodewitz und Bapitz hatten sich vor einigen Tagen mit dem Ausenbahnprojekt Leipzig-Rüggesena-Schkeuditz zu befassen. Es handelte sich um die von der Ausenbahngesellschaft geforderte Bewilligung von 12500 Mark für den Betriebsfonds. In der Versammlung der Gemeindevorsteher, die in Bapitz stattfand, hielt man die Forderung für etwas zu hoch. Schließlich erklärten sich aber die Vertreter beider Gemeinden in getrennter Abstimmung für die Bewilligung des Betrages.

Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Vor 50 Jahren, am 5. April 1857, ist Alexander I. Zähr von Bulgarien, früher Prinz von Wattenberg, gestorben, der in der orientalischen Geschichte eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat und der wohl erst in späterer Zeit eine gerechte Beurteilung erfahren wird. Als heftiger Prinz wurde er von Kaiser Alexander II. von Rußland zum Fürsten von Bulgarien bestimmt und von der bulgarischen Nationalversammlung einstimmig gewählt. Seine regierte er mit Umsicht und nicht das halbwillige Land der weitestgehenden Kultur zu erschließen, jedoch war sein Verhängnis, daß er sich Rußland nicht unterordnen wollte. Noch einmal hatte er Glück, indem er an der Spitze des bulgarischen Heeres über Serbien siegte, aber die russischen Agenten behielten in einer gegen den Fürsten angestellten Verführung die Oberhand und Alexander mußte abtreten. Er zog sich dann nach Darmstadt zurück, starb jedoch bereits im Jahre 1893.

Wetterwarte.

Vorausichtiges Wetter am 5. April: Meist wolfig bis trüb mit Regenfällen, Nacht wärmer, Tagstemperatur gegen 4. April wenig verändert; teilweise windig. — 6. April: Ziemlich trüb, windig, mild, Regenfälle.

Vermischtes.

* Ueber einen Schiffszusammenstoß in der Nordsee berichtet ein Hamburger Telegramm: Der Dampfer „König“ der Deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft ist auf der Ausreise in der Nordsee bei dichtem Nebel mit dem Schoner „Aurora“ aus Oberinn zusammengefahren. Der Schoner sank, drei Mann ertranken, zwei Mann konnten gerettet werden.

* Schiffskollision auf der Unterelbe. Der Dampfer „Saturn“ der Westfälischen Dampfschiffahrtsgesellschaft ist auf der Unterelbe mit dem Kriegsschiff „Kaiser Wilhelm II.“ zusammen und erlitt dabei so schwere Beschädigungen, daß er zur Lösung der Ladung nach Hamburg zurückkehren mußte.

* (Werb.) Im Schwarzenberg bei Wilhelm hat der Studententanz des Landwehr-Bandmann die Rechte durchschritten. Besondere ist hoffnungsvoll verlegt.

* (Die Geniegarde.) Im Saagemünder Infanterieregiment wurde ein Fall von Geniesarre festgestellt. — In Emsbüren (Hollstein) sind jetzt sechs Personen an Geniesarre erkrankt und im Krankenhaus untergebracht. — Seit dem 17. Apriligen Sohne des Schiffers Adorff in Zwielenfeld ist ebenfalls Geniesarre festgestellt worden.

* (Unterelbe im Warenverkehr.) Der Abstellung eines Hamburger Warenhauses, der für mehrere tausend Mark Vorzinsen unerschlagen hatte, ist verhaftet worden. Jetzt sind auch zwei große Wagenladungen Emaillierwaren beschlagnahmt, die der Verhaftete ebenfalls hatte auf die Seite bringen lassen. Um hat übrigens die Unterelbungen im Großen betrieben. Zum Weiterbetriebe der verurteilten Waren hat er sogar stündlich zwei Reisende unterwegs gehabt.

* (Ein deutscher Fischereikonferenz) wird nach einem Beschlusse einer Kletter-Verammlung in der Internationale Motorbootausstellung, die dort vom 13. bis 16. Juni abgehalten wird, stattfinden.

* (Erdbeben.) An der Eisenbahnstation Lueg bei St. Gallen (Schweiz) wurde Dienstag abend unter erdbebenartigen Erscheinungen ein 155 Meter langer Sturz der Weichsel im Tal im Anschlag an die Internationale Motorbootausstellung, die dort vom 13. bis 16. Juni abgehalten wird, stattfinden.

* (Zusammenstoß zweier Züge.) Nutta (Kontlat Zugs) 3. April. Ein Sonderpersonenzug stieß bei der Station, nach mit einem Güterzuge zusammen. Ein Wagen des Personenzuges wurde zertrümmert. Drei Reisende wurden getötet und 24 schwer verletzt.

* (Fischvergiftung.) In der Gemeinde Wylang bei Effen ist eine aus acht Personen bestehende Familie eines Landwirts nach dem Genuß von Stodisch lebensgefährlich erkrankt.

Neueste Nachrichten.

München, 4. April. In Neuberebach wurde der Bürgermeister Leisner wegen Vorbedachts, Stillschließens und verschiedener Verordnungen im Amte verhaftet.

Petersburg, 4. April. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Die diplomatischen Vertreter Russlands im Auslande sind gefahren erfußt worden, den Mächten eine Zirkularmitteilung über die zweite Friedenskonferenz zuzustellen. Die Mitteilung konstatiert, daß das im vorigen Jahre ausgearbeitete russische Programm für die Arbeiten der Konferenz von allen Mächten angenommen worden ist, und gibt die Vorbehalte an, die bezüglich des Programms von verschiedenen Mächten gemacht worden sind. Drei Regierungen, nämlich die der Vereinigten Staaten, Spaniens und Großbritanniens, schlagen vor, das russische Programm durch die Frage der Abgrenzung der Rüstungen zu vervollständigen; die amerikanische Regierung fügt dem die Frage der Art und Weise der Deckung der Staatsschulden hinzu. Einige Staaten behalten sich ferner das Recht vor, der Konferenz Vorschläge über solche Fragen zu unterbreiten, die auf das russische Programm Bezug haben, in demselben aber nicht besonders aufgeführt sind.

Die englische und japanische Regierung erklären, daß sie sich freie Hand darüber vorbehalten, an einer Beratung über Punkte des russischen Programms, die ihrer Ansicht nach zu einem befriedigenden Ergebnis nicht führen können, sich nicht zu beteiligen. Deutschland und Oesterreich-Ungarn machen in allgemeiner Form denselben Vorbehalt, in dem Wunsch, sich jeder Diskussion zu enthalten, die nicht zu einem praktischen Ergebnis führen könnte. Die russische Regierung erklärt, indem sie überfesselt in diesem letzten Vorbehalt ähneln macht, daß sie ihr ursprüngliches Arbeitsprogramm der Konferenz aufrecht hält. Die Zirkularmitteilung sagt schließlich, daß der russische Vertreter im Haag beauftragt worden sei, an die niederländische Regierung das Ersuchen zu richten, die Konferenz für den 15. Juni d. J. einzuberufen.

Gernowitz, 4. April. General Sargen hat in Nösti (Rumänien) 43 ehemalige Matrosen des „Potemkin“ verhaftet. In Wustfetan wurden 35 als Arbeiter beschäftigte Matrosen des „Potemkin“ verhaftet. Alle wurden nach Bukarest esfordiert. Als Ursache der Verhaftung wurden Aeußerungen der Matrosen angegeben, in denen rumänische Offiziere als Urheber der Dauernunruhen bezeichnet wurden.

Tanger, 4. April. Wie aus Albuernas vom 21. März berichtet wird, wurden der Sohn des dortigen Gouverneurs und der frühere Generalkommandant El Roghis, Delbril, in Desafes von Eingeborenen aus dem Innern geprügelt. Truppen Roghis, die dazu kamen, nahmen beide Teile als Geiseln mit sich nach der Kaabab von Sabaka. Der Militärgouverneur von Melika verhandelt mit Roghi wegen der Freilassung der Geiseln. Diese befanden sich jedoch am 31. März noch in Haft. Delbril soll vor einiger Zeit von Roghi zum Tode verurteilt worden sein.

Waren- und Produktenbörse.

Berlin, 3. April. Weizen 1000 kg Mai 190 25, Juli 180 25, Sept. 186 00, Wit. Roggen 1000 kg Mai 176 00, Juli 175 50, Sept. 165 50, Wit. Hafer 1000 kg Mai 170 00, Juli 175 22, Wit. Mais 1000 kg Mai 184 00, Juli 180 50, Wit. Rübs 100 kg Mai 64 70, Wit. 59 40Rt.

Nordamerika meldet nur unvollständige weitere Befestigung und hier war heute der Verkehr äußerst beschränkt, während allerdings in den Preisen von Weizen und Roggen Veränderungen kaum wahrnehmbar waren. Meist ließ sich nur auf September etwas billiger kaufen, was wohl der vorläufigen Preisfeststellung zu danken ist. Greifbares Getreide ging wenig um. Weizen kaum dreihalbend.

Korrespondent.

Abonnementspreis: Vierteljährlich: Bei Vorzahlung von den Postbestellern 3 Mk., monatlich 80 Pf.; durch die Postträger und die Postbestellen 3 Mk. 50 Pf., durch den Postträger und 1,00 Mk. Einzahlungen 3 Pf.
Einzelhefte: 6 mal wöchentlich 80 Pf. mit Rückgabe der Tage nach dem Abonnement; 10 mal wöchentlich am Tage vorher abends 9 Uhr.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
sechsstufiges illustriertes Sonntagsblatt mit 12 färbiger Modebeilage.
sechsstufige landwirtschaftliche u. Handelsbeilage mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis: für die einsp. Zeile pro 1000 in 1. Stadt u. Kreis (Merseburg) 10 Pf., außerhalb 15 Pf. Kleinsten Anzeigen 25 Pf. Restformen pro Seite 30 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt. Anzeigen werden nach unserer Geschäftsstelle sowie sämtlichen Nummernstellen eingeschoben.
— Nachdruck unserer Originalberichte nur mit Quellenangabe gestattet. —
Für unvollständige Einblendungen wird keine Haftung übernommen.

Nr. 79.

Freitag den 5. April 1907.

33. Jahrg.

Vom Zentrumsturm.

Die liberale Presse sucht zwar den immer wieder sich regenden Separationsgelüsten in den Reihen des Zentrums jede Bedeutung abzuspüren; die Tatsache, daß es im Zentrumsgelübde knirscht, läßt sich aber doch nicht aus der Welt schaffen. Dem Ministerer P. Prof. v. Savigny, der in einer kürzlich erschienenen Broschüre die Anschauung vertritt, daß das Zentrum als politische Partei, nachdem die letzten Reste der Kulturkampfgesetzgebung abgetragen seien, seine Mission erfüllt habe, wird zwar von der liberalen Presse die Legitimation zu einer solchen Behauptung abgesprochen, da er niemals Mitglied der Zentrumspartei gewesen sei; ihm ist aber jetzt in dem Münchener katholischen Theologen Dr. Josef Müller ein bereiteter Verteidiger erworben, der in einer Versammlung vor wenigen Tagen auseinandersetzt, das heutige Zentrum sei von dem früheren sehr verschieden, die heutigen Führer der Partei seien mit den Gründern wie Reichensperger, Mallinckrodt, Jörg, Windbohrer usw. nicht mehr zu vergleichen. Die Ursache des Niederganges der Zentrumspartei liege darin, daß sie alles vom konfessionellen Gesichtspunkte aus betrachte. Die katholische Kirche müsse nur zu oft für die Sünden dieser politischen Partei büßen. Die konfessionelle Abhängigkeit sei eine große Einbuße für das gesamte Kulturleben. In England und Amerika, wo doch gewiß heftige parteipolitische Kämpfe geführt werden, halte sich die Öffentlichkeit von diesen fern. Das Zentrum habe seine Herrschaft in übermäßiger Art geführt, es habe sich durch seine Unerschrockenheit und Unbulksamkeit bei allen Parteien verhaßt gemacht. Es sei aber auch mit der kirchlichen Gewalt in Konflikt geraten und verlange, daß die kirchlichen Führer sich nicht in die Politik mischen sollen. Das Bündnis mit ausgesprochenen Absichten und Revolutionären hätten aber die Bischöfe doch nie und nimmer gutheißen können. Man müsse abwarten, ob der Papst zur Festlegung der Autorität der Bischöfe beitragen werde. Man habe die Macht des Zentrums zu groß werden lassen, jetzt werde diese schwer eingeschränkt sein. Wenn das Zentrum den bisherigen Weg weitergehe, dann könnten die Bischöfe ruhig abdanken, dann hätten sie nichts mehr zu sagen, mit ihrer Autorität sei es vorbei. Müller regte schließlich die Gründung einer rechtsliberalen Partei an, die sich aus dem linken Flügel des Zentrums und dem rechten der nationalliberalen Partei bilden könnte. Er gab

an, daß die Beamten zu ihren vorgesetzten Behörden das Vertrauen hätten, daß ihre berechtigten Wünsche und Anliegen stets eingehend geprüft, wohlwollend beurteilt und nach Möglichkeit berücksichtigt würden. Wenn trotzdem Beamte zur Erreichung ihrer Ziele sich unvorchriftsmäßiger Wege bedienen sollten, so hätten sie zu gewärtigen, daß gegen sie mit disziplinarischen Maßnahmen vorgegangen werden würde.

Die „Fr. Ztg.“ kann in diesem Erlaß weiter nichts erblicken, als einen Versuch zu unzulässiger Bevormundung der Beamten und zugleich als einen Versuch, den Abgeordneten die Möglichkeit zu nehmen, sich über wichtige Punkte der Verwaltung genügend zu informieren. Wenn es über alle Zweifel erhaben wäre, daß die vorgesetzten Behörden die berechtigten Wünsche und Anliegen ihrer Beamten stets eingehend prüfen, wohlwollend beurteilen und nach Möglichkeit berücksichtigen, dann brauchte ja überhaupt den Beamten von der Verfassung auch nicht das Petitionsrecht gewährt worden zu sein. Zudem ist es ganz selbstverständlich, daß die petitionierenden Beamten in ihren Eingaben nicht berartig ins Detail eingehen können, wie unter Umständen zur Aufklärung der zur Sprache stehenden Angelegenheit erforderlich ist. Darum muß die Möglichkeit gegeben sein, daß die Abgeordneten, die sich für die Frage interessieren, sich mündliche Erklärungen und Nachträge verschaffen. Es kann ja vorkommen und ist auch schon vorgekommen, daß der mündliche Verkehr von Abgeordneten und Beamten Mißverständnisse gezeitigt hat. Das sind aber stets nur Ausnahmefälle gewesen. Ebenso wird der Minister des Innern von den Beamten Vertrauen zu ihren vorgesetzten Behörden verlangt, können auch die Beamten von ihren Vorgesetzten das Vertrauen beanspruchen, daß sie den Mitgliedern der Parlamente nur Mitteilungen machen, die auf Wahrheit beruhen. Andersfalls sind ja auch die Minister oder ihre Kommissare jederzeit in der Lage, falsche Darstellungen im Parlament selbst zu berichtigen.

Selbst die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ ist mit der Verfügung des Ministers des Innern nicht einverstanden, sondern schreibt: Es will uns fraglich erscheinen, ob dieser Erlaß in solcher Allgemeinheit zweckmäßig und geboten sei. Man wird nicht vollständig hindern können, daß sich die Beamten mit ihren Abgeordneten irgendwie ins Einvernehmen setzen. Es kommt unserer Grachtens lebhaft darauf an, in welcher Form und in welcher Weise das geschieht. Ist die Art einwandfrei, so wird man gegen die Sache selbst kaum etwas einwenden können.

Politische Uebersicht.

Die Hezardeit gegen Deutschland wird von der englischen Presse neuerdings wieder mit großem Eifer forgesetzt. England und Rußland haben sich bekanntlich über eine Aufstellung Verfiens verständigt, wobei natürlich die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu kurz kommen würden, wenn nicht etwa deutschseits rechtzeitig dagegen eingeschritten würde. Vorläufig ist Verfiens doch noch ein selbstständiges Reich, und es ist auch dem deutschen Kapital unbenommen, sich dort nützlich zu betätigen. Englische Chauvinisten freilich denken anders darüber. Der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen, Herr von Tschischky, hat bekanntlich eben erst in einem Telegramm an die Londoner „Tribune“ seine Hoffnung ausgedrückt, daß Deutschland und England sich jetzt immer mehr nähern würden. Wir hatten gleich betont, daß diese Hoffnung angesichts der nüchternen Tatsachen nur auf schwachen Füßen ruhe. Wie großen Reiz man in England über den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands empfindet, und wie man sich flüchtet, mit dem offenbaren Ziel, eine große „Koalition der verschiedensten Mächte gegen Deutschland“ zustande zu bringen, darauf läßt ein Telegramm des

Londoner „Standard“ schließen, das dieser von seinem Berliner Berichterstatter erhalten hat. Der „Post. Ztg.“ wird folgendes berichtet:

„Standard“ läßt sich von seinem Berliner Berichterstatter eine sehr interessante Warnung gegen eine finanzielle und kommerzielle Eroberung Verfiens durch Deutschland berichten. Das Verbot dazu soll die Deutsche Orientbank sein. Obwohl die deutsche Regierung nicht direkt mit den Plänen dieser Bank in Verbindung stehe, erstrebe sie sich doch der aktiven Unterstützung der Regierung. Die Orientbank werde zuerst eine Zweigbank in Teheran begründen. Am liebsten würde sie sich mit der neuen Nationalbank von Persien verbinden, wodurch sie eine ausgesprochene antirussische Politik verfolgen würde. Sodann würden die Deutschen eine kommerzielle Niederlage am Persischen Golf, wenn möglich in Buschir, zu erziehen suchen. Hierbei würde die Orientbank mit der Hamburg—Amerika—Linie, dem Norddeutschen Lloyd und der Deutschen Levante-Linie zusammengehen. Danach würde die Orientbank Bahnkonzessionen zu erlangen streben, eine für eine Bahn von Teheran nach einem Punkte der türkisch-persischen Grenze und eine zweite von diesem Punkte nach der deutschen Barenmündelung am Golf. Die Orientbank wolle in Persien eine ähnliche Stelle einnehmen wie die Deutsche Bank in der Türkei. Kommerziell wolle Deutschland nur Südbahnen erobern, also eine antirussische Politik befolgen, die russische Einflußsphäre aber streng vermeiden. „Standard“ erklärt hierzu, England könne nicht dulden, daß eine fremde Macht eine Stellung in Zentralasien erlange, die Englands Sicherheit am Golf bedrohe; Sir Edward Grey möge die Bedrohlichkeit der Lage erfassen; er habe angesichts des deutschen Geldmangels für die Bagdadbahn eine starke Karte in der Hand und solle die eine finanzielle englische Kooperation bei der Bagdadbahn die britische Kontrolle des persischen Endpunktes der Bagdadbahn verlangen.

Der „Standard“ ist zwar nicht mehr Regierungsorgan, seitdem ein liberales Kabinett am Ruder ist; aber die unverhämte Annäherung, mit der das konservative Blatt sich hier über durchaus berechtigte wirtschaftliche Bestrebungen Deutschlands in Persien äußert, ist leider in vielen englischen Kreisen verbreitet, wobei das inoperable Glaubenbekenntnis gar keine Rolle spielt. Daselbst lieh wie im „Standard“ wird leider auch in vielen liberalen englischen Blättern gesungen, und es ist bezeichnend genug, daß gerade jetzt diese Melodie in allehand Variationen erklingt, wo es sich um die Vorbereitungen zur zweiten Haager Konferenz handelt. Deutschland soll eben mit aller Gewalt als Friedensförderer hingestellt werden, damit die Herren Engländer im Trüben fischen können.

Zu der Ministerbegegnung in Rapallo bringt die Wiener „N. Fr. Pr.“ eine Nachricht, die des pikanten Beigeschmacks nicht entbehrt. Das Wiener Blatt will von einem „hochstehenden italienischen Gewährsmann“ in Rapallo erfahren haben, daß auch der italienische Ministerpräsident Giolitti zum Besuch des Fürsten v. Bülow nach Rapallo kommen wollte, er wurde aber von Tittoni davon abgehalten, welcher fürchtete, Frankreich und England könnten glauben, die Entree sei gegen sie gerichtet. Das ist ja recht bezeichnend für den Wert des Dreibunds und für die rührende Uebereinkommnung, die nach der offiziellen italienischen Angabe die Dreifonferenz in Rapallo zwischen dem Fürsten v. Bülow und Tittoni ergeben haben soll. Italien nimmt also die zarte Rückstufung auf England und Frankreich, was den Verdacht bekräftigt, daß es mit diesen Ländern Abmachungen getroffen haben muß, die den italienischen Staatsmännern wertvoller erscheinen müssen als die Vorteile des Dreibunds. Die Konferenz in Rapallo hat übrigens wieder einmal die Gewissenlosigkeit einer Sorte von Presse aufgedeckt, die der Sensationsmache um jeden Preis front und selbst

xrite colorchecker CLASSIC

1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18
19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30
31	32	33	34	35	36
37	38	39	40	41	42
43	44	45	46	47	48
49	50	51	52	53	54
55	56	57	58	59	60
61	62	63	64	65	66
67	68	69	70	71	72
73	74	75	76	77	78
79	80	81	82	83	84
85	86	87	88	89	90
91	92	93	94	95	96
97	98	99	100	101	102

entw. von Munsell Color Services, Inc. New York, N.Y. U.S.A.